

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

43 (23.10.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 43

Mannheim, den 23. Oktober 1947

Preis 15 Pfg.

Doppelgesicht der Demontage im Westen

Nicht nur Demontage von Rüstungsbetrieben — Eingriff in die Friedensindustrie
Herrschender Eindruck: Konkurrenzdemontage

Die Veröffentlichung der Demontagelisten durch den amerikanischen und britischen Militärgouverneur für Deutschland hat die schlimmsten Befürchtungen der deutschen Bevölkerung übertrifft. 682 Betriebe werden in der BI-Zone demontiert. Das Entscheidende dabei ist nicht die Zahl, sondern die Art der Betriebe, die davon betroffen werden. Der größte Teil der aufgezählten Betriebe dient der Friedensproduktion. 380 sind Industriebetriebe und 302 reine Rüstungsfabriken.

Demontagen sollten nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zum Zwecke einer berechtigten Wiedergutmachung und zur Zerstörung der Kriegsindustrien vorgenommen werden. Diese Demontagen aber sind ein Eingriff in den Wiederaufbau der Wirtschaft in den Westzonen.

Es ist daraus auch gar kein Hehl gemacht worden, daß Betriebe der Friedensproduktion dem Abbau verfallen. Man begründet das damit, daß die in dem neuen Bizonalen Industriepan vorgesehene Produktionshöhe dies erlaube. Es handle sich um Abbau „überschüssiger“ Produktionskapazität. General Robertson erklärt das damit, „daß die Summe der Betriebe, die aus einer bestimmten Industrie entfernt werden, im großen und ganzen dem Potential entspricht, das während des Hitlerregimes mit Vorbedacht für Kriegsvorbereitung geschaffen wurde“. Mit dieser Begründung ist es natürlich möglich, jeden Betrieb zu demontieren.

General Robertson sprach davon, daß noch überprüft würde, was mit diesen Betrieben geschehen soll.

„Kalte Berechnung“

Die christlich-demokratische „Neue Zeit“ schreibt unter anderem: „Man weist es weit von sich, daß etwa Konkurrenzgründe bei der Aufstellung der Liste mitbestimmend gewesen wären. Trotzdem kann man sich schon bei einem oberflächlichen Blick in die Liste des Eindrucks nicht erwehren, als ob man sich eines lästigen Konkurrenten entledigen und ihn seiner be-

sonderen Stellung auf wichtigen Gebieten berauben wollte. Beispiele zeigen, daß gerade die modernsten Werke der Demontage anheimfallen. Das wird uns die Konkurrenz am Weltmarkt in Zukunft weiter sehr erheblich erschweren.“

Die Zeitung verweist dann auf die Bemerkung von anglo-amerikanischer Seite „man wäre ohnehin gezwungen gewesen, die Produktion zu konzentrieren“, und stellt fest, daß „dadurch wiederum Machtzusammenballungen, Konzerne und sogar Monopolgebilde entstehen könnten“.

Der „Morgen“, das Organ der LDP, schreibt unter anderem: „Was dem deutschen Volk auf dem jetzigen Demontageplan entgegentritt, das ist kalte Berechnung. Nicht unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung eines etwaigen Kriegspotentials und der Umstellung der deutschen Industrie auf Friedensarbeit, sondern unter dem der Ausschaltung der künftigen deutschen Industrie-Konkurrenz“.

Freiheit ist keine Handelsware

Otto Grotewohl: „Im Westen Demontage, um die deutsche Industrie als Konkurrentin auf dem Weltmarkt auszuschalten“

„Wir sind nicht gegen internationale Anleihen, aber wir gehören nicht zu den Leuten, denen die Freiheit der Nation eine Handelsware ist“, erklärte Otto Grotewohl gestern in einer Mitglieder-Versammlung des Kreises Prenzlauer Berg. Die Bizone sei eine Domäne des Monopolkapitals, der seinen Einfluß nach dem Osten ausdehnen wolle. Die Einheit, die im Osten verwirklicht wurde, sei in der Bizone durch innen- und außenpolitische Kräfte verhindert worden. Unter stürmischem Beifall der Versammlungsteilnehmer stellte Grotewohl fest, daß im Osten für monopolistische Einflüsse, von wo sie auch kommen mögen kein Platz mehr sei.

Moralische Berechtigung zur Demontage zum Zwecke der Wiedergutmachung der den Alliierten zugefügten Schäden anerkannte Grotewohl. Im Westen werde aber nach dem Gesichtspunkte demontiert, die deutsche Industrie als Konkurrentin auf dem Weltmarkt auszuschalten. Der unermüdete Kampf der Sowjetunion und der südosteuropäischen Völker störe die Pläne des internationalen Monopolkapitals. So erkläre sich ihre Hetze gegen diese Staaten und ihren friedlichen Aufbau in Deutschland richte sich diese Hetze gegen die ganze Ostzone und die SED, die sich als einzige Partei konsequent gegen imperialistische Pläne zur Wehr setze.

Das undemokratische Wahlgesetz

Durchgesetzte kommunistische Abänderungsanträge — Annahme des Gesetzes gegen die Stimmen der Kommunisten

In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz über die Neuwahl der Gemeinderäte und Bürgermeister im Landtag gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion angenommen. Zur Haltung der kommunistischen Fraktion gab der Abgeordnete Leibbrand eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die Kommunisten haben zu einzelnen Gesetzesbestimmungen ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht. Der entscheidende Grund, weshalb wir dem Gesetz nicht zustimmen können, ist die lange

Frist von 6 Jahren, für die Gemeinderäte, Bürgermeister und Landräte gewählt werden sollen. Wir halten eine solche lange Wahlperiode für undemokratisch und unvereinbar mit dem Ziele möglichst breite Bevölkerungskreise am politischen Geschehen Anteil nehmen zu lassen.“

DVP und CDU hätten am liebsten die Wahlperiode so verlängert, daß für die Gewählten eine Lebensversicherung daraus geworden wäre. In einer Zeit, in der das werktätige Volk nicht weiß, um wieviel katastrophaler die nächsten Wochen aussehen werden, haben die reaktionären Vertreter beider Parteien kein anderes Interesse, als die Sicherung ihrer Pfründe und Stellungen.

In der 3. Lesung des Gesetzes setzten die Kommunisten durch, daß das passive Wahlrecht für Gemeinderäte und Kreistage den Bürgern bereits mit dem 24. Lebensjahr gegeben wird. Die Mehrheit des Landtages konnte auch nicht umhin, den Minderbelasteten und Mitläufern der Naziartei die Möglichkeit zu nehmen, als Oberbürgermeister oder Landrat gewählt zu werden.

Bei der 3. Lesung des Gesetzes gab es auch eine nicht kleine Ueberraschung. Der Entwurf des Ministeriums hatte für die Landräte eine Amtsdauer von 9 Jahren vorgesehen. Innenminister Ullrich trat nun, obwohl auch DVP und CDU vorher während dafür gekämpft hatten, für eine Herabsetzung der Wahlperiode von 9 auf 6 Jahre ein, das entspräche „der amerikanischen Auffassung“. In der Frage

Was stimmt da nicht?

Nach den amtlichen Erklärungen beträgt das Ernteergebnis 11 Mill. Tonnen Kartoffeln in der BI-Zone. 11 Mill. Tonnen sind 220 Mill. Zentner. Die Bevölkerung der BI-Zone beträgt rund 40 Millionen Menschen. Warum sollte es da nicht möglich sein, sofort pro Kopf der Bevölkerung 2 Zentner Winterkartoffeln auszugeben?

In Mannheim hat $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung erst 1 Zentner erhalten. Die übrigen $\frac{3}{4}$ werden jetzt vertröstet $\frac{1}{2}$ Zentner Einkellerungskartoffeln zu bekommen.

So sieht die Mißwirtschaft des Schlange-Schönigen und unseres unmöglichen Ernährungsministers Stoß in Württemberg-Baden aus.

Eine Gewerkschaft, wie sie den Wallstreetmagnaten gefällt

Wie der Sonderkorrespondent des „Daily Worker“ aus San Francisco mitteilt, gab die Jahrestagung der American Federation of Labor der reaktionären Innen- und Außenpolitik Trumans ihre vollste Unterstützung. Sie stellte sich vorbehaltlos auf den Boden des Marshall-Planes und erklärte ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des berüchtigten Kongreßkomitees „zur Untersuchung anti-amerikanischer Aktivitäten“.

Das Exekutivkomitee der AFofL betonte besonders seine Billigung damit, daß die Truman-Regierung die Appeasement-Politik gegen die Sowjetunion durch eine „deutlichere“ ersetze.

Der Weltgewerkschaftsbund war auf der Tagung das Ziel heftigster Angriffe. Man scheute sich nicht, ihn sogar als „Fünfte Kolonne des Sowjet-Imperialismus und als ein Instrument der totalitären Propaganda“ zu bezeichnen.

Auf Grund dieser Tatsachen wird es wohl Dr. Schumacher schwer fallen, nach seiner Rückkehr aus den USA seinen Anhängern die AFofL als eine fortschrittliche Organisation vorzuführen.

„Dann muß es ohne sie gehen“

Stalin äußert sich bei den Labour-Delegierten über aktuelle Fragen

Warschau ADN. Die Abgeordneten der britischen Labour-Party, die sich unter Leitung von C. Zilliacus auf einer Reise durch Osteuropa befinden, berichten über eine Aussprache, die sie in Sotschi am Schwarzen Meer mit Stalin hatten. Stalin denke nicht daran, einen Krieg zu führen und wolle alle Streitfragen mit den USA auf friedlichem Wege lösen. Er erklärte wörtlich: „Wir wünschen mit Großbritannien so enge Handelsbeziehungen, wie irgend möglich. Wir sind der Ueberzeugung, daß es um so besser sein wird, je schneller unsere Länder als gute Partner in gemeinsamer Arbeit ein Uebereinkommen treffen. Wir sind bereit, entgegenzukommen, wie die politische Form der Länder auch sein mag, denn die Erfahrung hat bewiesen, daß die Zusammenarbeit zwischen Ländern, deren Wirtschaftsformen voneinander abweichen, durchaus möglich ist. Wenn die Beziehungen zur Sowjetunion nach dem Wunsch jener Länder aber nicht verbessert werden, dann muß es eben ohne sie gehen. Wir werden instande sein, weiterzumachen. Wir können warten, wir sind ein geduldiges Volk. Wir werden warten, bis sie wieder vernünftig werden.“

des Wahltermins, 7. Dezember, bestete sich die CDU gleichfalls einen Unfall. Die CDU hatte noch vorher eifrig gegen den frühen Wahltermin gestritten. Nun ging sie auch in dieser Frage völlig ins Fahrwasser der DVP über. Abgeordneter Nuding (KPD) brandmarkte das Schaukelspiel der bürgerlichen Parteien. „Hier“, so sagte er, „haben wir wieder einmal einen eklatanten Beweis von „Fernlenkung“, denn sonst ist diese Kette von Umfällen unverständlich.“ Als Ziel der reaktionären Treibereien der DVP und CDU bezeichnete Abgeordneter Nuding die Bürokratisierung des Verwaltungssapparates und Ausschaltung des Volkes von jeder Mitbestimmung.

„Wir verlieren unsere Freunde in Europa“

USA-Theologe über die europäische Furcht vor Amerika

Im „Christian Century“ gibt der zu den führenden amerikanischen Theologen zählende Professor Rhenold Niebuhr die Eindrücke einer mehrmonatigen Studienreise durch Europa wieder. Ueberall stellte Professor Niebuhr „Furcht vor Amerika“ fest. „Was ich während 4 Monaten nun gesehen habe, hinterließ in mir ein beträchtliches Unbehagen und eine Unsicherheit über den Stand, den unsere Nation heute im Urteil der Welt einnimmt“.

„Europa hat Angst vor dem amerikanischen Experiment. Es muß an die Möglichkeit einer friedlichen Schlichtung des west-östlichen Konflikts glauben und fürchtet daher, daß Amerika vielleicht aus Mangel an Stetigkeit und „composure“ doch keine friedliche Lösung des Konflikts erreichen kann.“

Professor Niebuhr glaubt, daß die Europäer die amerikanische Furcht vor dem Kommunismus als „Hysterie“ betrachten. Wörtlich sagte er dazu: „Wenn Amerika heute in seinen Weltverbindungen nicht über die Schranken seiner eigenen Auffassungen hinaus kommen kann, werden wir alle unsere Freunde in Europa verlieren.“

Recht bedenklich sind die Feststellungen: „Wenn wir als Nation nicht lernen, zu größerer Reife zu kommen in dieser an sich unsicheren Welt, so werden wir uns selbst und die Welt ruinieren... Amerika hat den richtigen Gebrauch der Macht für den Aufbau einer neuen, besseren Welt noch nicht gelernt.“

Scheinheilige Kritik an Bizonen-Verwaltung

Streiflichter aus dem württembergisch-badischen Landtag

Anläßlich der Etatberatung im württembergisch-badischen Landtag und auch bei anderer Gelegenheit wurde von Vertretern der CDU und DVP eine scharfe Kritik an den bizonalen Aemtern geübt. Abg. Leibbrand (KPD) sagte zu den so eifrigsten Kritikern: „Was hätten diese Herren, die zu Beginn des Jahres zu den eifrigsten Befürwortern der bizonalen Vereinigung und später des Wirtschaftsrates gehörten, zu den Kommunisten gesagt, wenn diese ihre damalige Kritik in dieser Schärfe vorgetragen hätten? Die heutigen Kritiker sind aber deshalb nur so laut, weil sie dadurch die Schuld, die sie an dem Zustandekommen dieser Gebilde haben, vertuschen wollen. Die Kommunisten sind heute nicht gezwungen, falsche Hoffnungen zu Grabe zu tragen. Ihre Voraussagen haben sich nur bestätigt. Die Ursache des Versagens der bizonalen Verwaltungsorgane liegt in der künstlichen Konstruktion und diese nicht demokratisch kontrollierten Organe haben heute schon einen Ueberzentrismus mit sich gebracht.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte sich Abg. Leibbrand mit dem Abg. Heuß (DVP) auseinander. Heuß hat sich gegen Kontrollaus-

schüsse für die Industrie und den Handel gewandt und sie als einen Aufruf zum Denunziantentum und zur Ausschaltung der Konkurrenz bezeichnet. Auch sei die Durchführung der Maßnahme mit Zwang verbunden und ein Eingriff in die persönliche Freiheit. Abg. Leibbrand stellte fest, daß aus diesen Worten die Interessen des Unternehmertums sprechen, das keine Kontrolle wünsche. Den Bauern habe man aber schon lange diesen Zwang auferlegt, während man bisher nicht in der Lage war, die Industrieproduktion ebenso zu erfassen. Der Abg. der DVP, Dr. Schäfer, brauchte es dann sogar fertig, in der Sitzung vom 17. 10. aus dem Gesetz über die Sonn- und Feiertage die Streichung der Bezahlung des 1. Mai, wenn er auf einen Sonntag fällt, zu verlangen. Er rechnete vor, wie schwer(!) damit die Unternehmer belastet würden, dieselben Unternehmer, die den Nationalsozialismus bereitwillig finanzierten. Schäfer wagte es, den 1. Mai mit dem „nazistischen nationalen Feiertag“ auf eine Stufe zu stellen. Kommunistische Vertreter protestierten scharf gegen diese Unverschämtheit. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrags gegen einige Stimmen der DVP.

Steuerschraube ohne Ende

Der württembergisch-badische Staatshaushalt 1947 Spiegelbild unserer Katastrophe — 340 RM Steuern pro Kopf der Bevölkerung

Die Budgetberatung im württembergisch-badischen Landtag offenbarte das trostlose Bild unserer Lage in anschaulichster Weise. Einnahmen und Ausgaben erreichen die Höhe von 1,5 Milliarden. Mit einer Riesenlast von Steuern ist die Ausbalancierung des Staatshaushaltes erreicht worden. Die steuerliche Belastung beträgt pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 340 RM. Allein für die Besatzungskosten entfallen 140 RM auf den Kopf der Bevölkerung. Ein Land mit 3,4 Millionen Bewohner muß 1163 Millionen Reichsmark an Steuern aufbringen.

Bei den Etatsberatungen wurde der Wunsch der Militärregierung erörtert, künftig die Besatzungskosten unter den laufenden Aufwand zu nehmen, „da sie uns ja auf viele Jahre hinaus dauernd belasten werden“. Unter dem gewaltigen Aufwand für Besatzungskosten stecken allein 130 Millionen

Reichsmark für Dienstleistungen deutscher Personen auf Grund genehmigter Lohnlisten. Im August dieses Jahres befanden sich 46 000 deutsche Personen in Württemberg-Baden in amerikanischen Diensten. Die Zahl liegt nur um 3000 unter der Zahl der Staatsbediensteten. Sie erfordern einen Monatsaufwand von 10 Millionen Reichsmark. Der Aufwand für deutsche Angestellte und Arbeiter in amerikanischen Diensten beträgt mehr als 50 Prozent des gesamten Aufwandes an die württembergisch-badischen Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommenden Verhältnisse verursachen auf dem Arbeitsmarkt die größten Schwierigkeiten. Die Last der heutigen Besatzungskosten, geht weit über das hinaus, was Deutschland vor dem ersten Weltkrieg für Heer und Flotte ausgegeben hat und verschlingt mehr als ein Drittel aller Staatseinnahmen.

Kleingärtnerorgen in Mannheim

Auf der Friesenheimer Insel ist das seit einem Jahr durch die Müllabfuhr aufgefüllte Gelände immer noch nicht hergerichtet. 130 Familien kann man hier Gartenland geben. Das Tiefbauamt will nun ausgerechnet auf dem dortigen, seit vielen Jahren genutzten Kleingartengelände einen Lagerplatz errichten, trotzdem in der Nähe ungenutztes Gelände genug vorhanden ist. Dies ist nicht zu verantworten. Weiter wird von uns auch die Forderung des Kleingartenvereins, daß mindestens ein Becken der Kläranlage zur Entnahme von Schlamm für Düngezwecke für die Kleingärtner freigelassen wird, unterstützt. Die Fabrik, an die die Klärbecken ohne Befragen des Stadtrates verpachtet wurden, besteht einstweilen aus einer Werkzeugaufbewahrungshütte und einem Balkengestell. An eine Aufnahme der Produktion ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Schließlich wird noch die Anlage einer Wasserleitung befürwortet. 400 Meter Rohr sind hierfür erforderlich. Wird in jedem Garten eine Pumpe geschlagen, dann braucht man 2000 Meter Rohr. Wir meinen, daß die Möglichkeit bestehen muß, diese Wünsche der Kleingärtner zu befriedigen.

In Sandhofen hat die Ablehnung von 7 ha bisher landwirtschaftlich genutztem Gelände für neue Kleingärten große Empörung hervorgerufen. Eine von 200 Mitgliedern besuchte Versammlung protestierte entschieden gegen den diesbezüglichen Stadtratsbeschluss. Bei der Abstimmung im Stadtrat war nun allerdings maßgebend, daß das in Frage kommende Gelände von Bauern landwirtschaftlich genutzt war. Die Stadträte wollten es nicht verantworten, den Bauern noch weiteres Gelände wegzunehmen und so stimmten nur sieben Stadträte von

24, die teils der SPD, teils der CDU angehörten, für die Vorlage.

Wir sind der Auffassung, daß hier ein Weg gefunden werden muß, um das dringende Bedürfnis nach Kleingärten in Sandhofen zu befriedigen, ohne die Bauern, die in den letzten zehn Jahren während und durch die Hitler-Aera mehr als 100 ha Land verloren haben, die wirtschaftliche Grundlage noch mehr zu schmälern. Wir halten den Vorschlag, den Frau Stadtrat Langendorf (KPD) in der letzten Sitzung des Stadtrates darlegte, als einen gangbaren Weg. Dieser Vorschlag besagte, daß man den Kleingärtnern das verlangte Gelände geben soll, die Bauern müssen aber auf Kosten der Großpächter bei Sandhofen entschädigt werden.

KP Frankreichs nicht zu erschüttern

Einbruch der de Gaullistischen Union in die Wählermassen der MRP und Radikalsozialisten

Die Gemeindevahlen in Frankreich standen im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Die französische und internationale Reaktion hatte sich von dieser Wahl erhofft, das Gefüge der Kommunistischen Partei zu erschüttern und vor allem ihren Masseneinfluß zu brechen. Das ist nicht gelungen! Das werktätige Volk in Frankreich stand zu seiner Partei im Kampf um die nationale Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit gegen die Verschwärungspläne des internationalen Monopolkapitals und seiner französischen Fronvögte, deren Spitze de Gaulle führt.

Die Wahlergebnisse sind noch nicht endgültig. Die Kommunistische Partei hat nach dem vorläufigen Ergebnis 30 Prozent der abgegebenen Wahl-

stimmen erhalten. De Gaulle, der neofaschistische Trommler Frankreichs, die politische Figur Wallstreets, hat mit seiner französischen Volksunion ungefähr 38 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen erhalten. Seinen Erfolg zählten die MRP, die auf 10 Prozent, und die Radikalsozialistische Partei, die auf 4 Prozent der gültigen Wahlstimmen abgesunken sind. Der Anteil der Sozialistischen Partei Frankreichs liegt um 15 Prozent.

Im Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt hat sich die Kommunistische Partei Frankreichs als unerschütterlicher Eckpfeiler erwiesen. Die Gaullistische Union konnte nur in die Reihen der bürgerlichen Parteien Breusche schlagen.

Für Mannheim ist alles gut genug!

„Laut Anweisung des Landwirtschaftsministeriums Stuttgart sind sämtliche Äpfel und Birnen, gleichgültig ob es Industrie- oder Tafelobst ist, für den Frischmarkt in Mannheim bestimmt.“

Die Folgen dieser Anweisung haben nicht lange auf sich warten lassen. Gestern hatten wir die Gelegenheit, einen Waggon Äpfel und Birnen zu besichtigen, welche von so schlechter Qualität sind, daß es fraglich ist, ob sie auch nur zum Mosten verwendet werden können. Nun wird aber dieses Obst auf das Mannheimer Soll angerechnet. Ein Bürokrat wird die Möglichkeit haben, in seinem Bericht zu behaupten, daß Mannheim prompt sein Obst erhalten hat. Die Bevölkerung wird aber entweder ungenießbares oder überhaupt kein Obst erhalten.

Es ist Aufgabe der zuständigen Mannheimer Behörden, bei dem Landwirtschaftsministerium Stuttgart gegen diese unverantwortliche Handlungsweise zu protestieren. Wi.

ADGB Delegiertenkonferenz Ausreichende Kartoffelversorgung gefordert

Die Delegiertenversammlung des ADGB's in Mannheim nahm nach Entgegennahme des Berichtes über den zweiten Bundestag in Stuttgart eine Resolution an, in der die beschleunigte Durchführung des Mitbestimmungsrechtes und dringende Abhilfe der schreienden Mißstände in der Ernährungslage gefordert wurde.

In lebhafter Diskussion hatten sich die Delegierten gegen den unmöglichen Zustand gewandt, daß seit über zehn Wochen die Schwerarbeiter auf ihre Zulagekarten keine Kartoffeln mehr bekommen. Diese Tatsache unterstreicht die Mißwirtschaft in der Kartoffelversorgung in Mannheim, die darin besteht, daß etwa zwei Drittel der Mannheimer Bevölkerung noch nicht einmal einen Zentner Winterkartoffel bekommen haben. Mannheim sei

Gedenktage DER WOCHE

- 22. 10. 1811 Franz Liszt, Komponist, geb.
- 24. 10. 1843 Erste Konsumgenossenschaft in Rochdale (England) gegründet
- 1848 Ende des Dreißigjährigen Krieges
- 27. 10. 1944 Judith Auer wegen antifaschistischer Tätigkeit hingerichtet
- 10. 1918 Matrosen vereiteln sinnlose Aufopferung der Hochsee-Flotte durch Verweigerung der Ausfahrt
- 1789 Georges Danton, franz. Revolutionär, geboren

die schlecht versorgteste Stadt von ganz Württemberg-Baden.

Die angeführten Beispiele auf allen Gebieten der Versorgungswirtschaft ergaben ein schlimmes Bild. So wurde angeführt, daß Mannheim im letzten Monat offiziell 890 Sack Zement zur Verteilung erhalten hat. Schwarz sind aber 6900 Sack nach Mannheim geliefert worden.

Pakete für Kriegsgefangene!

Wie uns von der Abteilung für Kriegsgefangenenbetreuung der Kommunistischen Partei mitgeteilt wird, können ab 15. Oktober an Kriegsgefangene in Jugoslawien Pakete bis zu 10 Pfund Inhalt in unbegrenzter Anzahl abgesandt werden.

An unsere Leser!

Die Papierzuteilung, die in Württemberg-Baden für die Kommunistische Partei insgesamt im Monat 3000 kg beträgt, berechnet für die zwei Mitteilungsblätter „Badisches Volksecho“ und „Volksstimme“, Stuttgart, erlaubt uns nicht, heute vierseitig zu erscheinen. Die nächste Ausgabe des „Volksecho“ wird wieder vier Seiten umfassen. Wir bitten unsere Leser, zu unserer Altpapiersammlung beizutragen, damit wir recht oft vierseitig erscheinen können. „Badisches Volksecho“.

Stoß'sche Mißwirtschaft angeprangert

Noch nicht einmal 1 Zentner Kartoffeln pro Kopf in Mannheim gesichert

Die Belieferung Mannheims mit Winterkartoffeln ist ernstlich in Frage gestellt. Nur ein Teil der Bevölkerung konnte bisher den 1 Zentner erhalten. Die der Stadt zugeteilten Gebiete seien nicht in der Lage, das verlangte Soll zu liefern, erklärte Oberbürgermeister Braun in der Stadtratssitzung am 16. Oktober. In einer heftigen Debatte wurde von allen Seiten das völlige Versagen des Ernährungsministers Stoß festgestellt und kritisiert. Selbst die Parteigenossen des Herrn Stoß, die Stadträte der CDU, konnten die Tatsache des Versagens nicht widerlegen, führten dies jedoch auf ein Versagen der untergeordneten Stellen und nicht des Ministers selbst zurück. Stadtrat Kuhn und der O. B. glaubten in dieser Weise den „unmöglichen“ Ernährungsminister entschuldigen zu müssen. Stadtrat Schreck wies darauf hin, daß unter allen Umständen auch die Zulagekarten mit Kartoffeln beliefert werden müssen. In anderen Städten geschieht dies, warum nicht bei uns? Jeden Tag kommen Anrufe aus den Fabriken und die Arbeiterschaft ist bald nicht mehr in der Lage,

bei dieser Ernährung weiter zu arbeiten. Wo bleiben die Kartoffeln? fragte Genosse Schreck, eine Frage, die uns berechtigt erscheint, wenn man hört, daß die Ernte 10 bis 11 Mill. Tonnen beträgt laut Feststellung des Vorsitzenden des Zweizonen-Eksekutivrates. Bekommt jeder Nichtselbstversorger nur einen Zentner Kartoffeln, dann ergibt das bei einer Zahl von höchstens 34 Mill. Personen in der britisch-amerikanischen Zone, 1,7 Mill. Tonnen. Verbleibt ein Rest von 8,3 bis 9,3 Mill. Tonnen.

Die demokratischen Wohnungsausschüsse in Mannheim sind anscheinend nicht sehr beliebt bei unserer Ministerialbürokratie in Stuttgart, obwohl die Tatsachen eine allzu deutliche Sprache sprechen. Mannheim hat unter allen Städten den weltweiten geringsten Personalbestand beim Wohnungsamt und während andere Städte enorme Summen für Prozesse aus Wohnungstreitigkeiten ausgeben, ist das in Mannheim dank der Wohnungsausschüsse nicht der Fall. Trotzdem die Angriffe von seiten des Innenministeriums, das für fortschrittlich-demokratische Einrichtungen anscheinend kein Verständnis hat. Es muß erwartet werden, daß die Stadtverwaltung jeden Versuch, die Wohnungsausschüsse in ihrer Tätigkeit zu beschränken, abweist.

Die Bevölkerung soll in Zukunft auch Gelegenheit haben, den Stadtratssitzungen beizuwohnen, gemäß einem Antrag der Kommunistischen Partei. Ein größerer Saal ist im alten Rathaus in Aussicht genommen. Hoffentlich findet man im neuen Sitzungssaal dann auch einen Platz, um unsere Landesflagge anzubringen. Wir glauben wenigstens nicht, daß dies von seiten der Besatzungsmacht verboten ist und daß bei Stadtratssitzungen nur die amerikanische Flagge gezeigt werden darf. Noch liegt Mannheim nicht in Amerika.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.